Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 70. VIII. BAND 1. September 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Nr. 70. 1. September 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Die Krisis.

Die „Deutsche Warschauer Zeitung" vom 30. August ds. J. meldet:

„Auf Grund von Vereinbarungen zwischen den beiden Obersten Heeresleitungen gehen die polnischen Legionen dieser Tage an die Ostfront ab. Diese Anordnung gab Anlass zu dem einstimmigen Beschluss des Provisorischen Staatsrates, seine Mandate niederzulegen, da diese Verwendung der Legionen ohne seine Zustimmung erfolgte. Der Staatsrat beschloss ferner die Bildung einer Kommission, der sämtliche Verwaltungs- und Haushaltsangelegenheiten, die in den Bereich der Zuständigkeit des Staatsrates fallen, insbesondere die mit der Uebernahme des Gerichts- und Schulweseus verbundenen Geschäfte, übertragen werden sollen. Dieser Kommission gehören an J. Mikułowski-Pomorski, St. Bukowiecki und H. Natansohn als Mitglieder, ferner L. Górski und A. Kaczorowski als deren Vertreter. Diese Kommission soll unverzüglich zusammentreten. Der bisherige Direktor des landwirtschaftlichen Departements des Staatsrates St. Janicki wurde zur weiteren Teilnahme an der Organisation der Lebensmittelversorgung ermächtigt.

Durch den Beschluss des Staatsrates erfährt der bisherige Zustand in sachlicher Beziehung keine Veränderung, da durch die Bildung der Kommission die Weiterführung der Geschäfte des Staatsrates gesichert ist."

Für unsere Leser kommt die Nachricht von der Demission des Staatsrates nicht überraschend. Bestrebt, den Aufbau des Polnischen Staates in Verbindung mit den Zentralmächten zu fördern, haben wir seit Tag und Monat auf die Schwierigkeiten bei der Verwirklichung dieses Werkes aufmerksam gemacht und auf die Beseitigung derselben hingearbeitet. Der deutsche Staatsmann, der deutsche Beamte, der deutsche Leser, werden zugeben, dass, wie es unter den gegebenen Verhältnissen nur möglich war, unsererseits auf jedes

psychologisches Missverständnis, auf jeden Mangel an Koordination der Kräfte, auf jedes Nichteinhalten des Tempo deutlich hingewiesen wurde, mit der eindrücklichsten Bitte: keine Worte mehr, nur positive, schöpferische Arbeit!

Das, was jetzt in Warschau geschehen ist, bedeutet — sagen wir es offen — einen harten Schlag für die Anhänger der polnischen Staatlichkeit an der Seite der Zentralmächte, für die Freunde der polnisch-deutschen Annäherung. Schmerzerfüllt sehen wir das Schwanken eines von uns mit Mühe und Opfern aufgeführten Baues und fragen: musste es so sein? musste es wirklich dazu kommen?

Wir sind nicht Beschwichtigungshofräte vom Fach, um die Wirklichkeit vermittels der Schönfärberei zu fälschen. Der Provisorische Staatsrat, unter dem Jubel der ganzen Bevölkerung und Teilnahme auch der linksstehenden Parteien entstanden, war in der letzten Zeit schon nur eine Rumpfvertretung, war zur Scheinvertretung herabgedrückt — im Prinzip aber war er ein Symbol des polnischen Willens zur gemeinsamen, politischen Arbeit und zum politischen Leben mit den Zentralmächten. Er war ein Programm der ganzen Welt gegenüber, das von unseren Feinden in Frankreich und in England, leider auch von mehreren Deutschen mit unwillen verfolgt wurde. Er war eine Brücke zu einer neuen Zukunft, nicht nur für Polen. Jetzt sind von ihm nur Trümmer übriggeblieben. Einige seiner Mitglieder verbleiben, um die laufenden Geschäfte zu erledigen. Das ist für das Justiz- und Schulwesen und auch für die Lebensmittelversorgung viel, nur kein Programm und kein Symbol. Oder, wenn man will, auch ein Symbol, nur kein Symbol dessen, was von den Schöpfern des Manifestes vom 5. November angestrebt wurde. Und das geschieht in einem Augenblicke, als im feindlichen Auslande mehrfache Kundgebungen zugunsten des Staatsrates stattfanden, während der Feind sich Mühe gibt, eine oder mehrere polnische Armeen gegen die Mittel-

mächte und eine sogenannte polnische Regierung an der Seite der Entente ins Leben zu rufen.

Die amtliche Mitteilung klingt in einen optimistischen Ton aus.

Für absoluten Zweifel gibt es auch in unseren Herzen keinen Raum. Wir sind seit jeher überzeugt, dass der polnische Staat eine historische Notwendigkeit ist und dass sein Zustandekommen von keinem Hinderniss aufgehalten werden kann. Die Vitalität der polnischen Nation ist zu gross, die Bedeutung der polnischen Frage hat sich während des gegenwärtigen Krieges zu einem der wichtigsten Probleme des Kontinents ausgestaltet. Der Gang der Lösung der polnischen Frage kann vielleicht Schwankungen zeigen, aber ein Zurück gibt es hier nicht. Unsere Linie bleibt unverändert. Wer tiefer in die Zukunft blickt und sich nicht von blindem Hass und Phantasmagorien leiten lässt — sowohl auf deutscher wie auf polnischer Seite —, dem wird die gegenwärtige Krise die Richtigkeit unserer Linie nur bestätigen, und der Wiederhall der Freude des feindlichen Auslandes über den Sturz des Staatsrates soll auch den Verbissensten unserer Gegner in Deutschland eines besseren belehren. Mit vollem Bewusstsein, dass unsere Arbeit einen harten Schlag erlitten hat, schreiten wir jetzt zur weiteren Arbeit. Wir müssen uns sagen, dass ihre Grundlage eine breitere und tiefere sein muss, wie bisher: selbst der Akt des 5. November, der, wie Excellenz von Beseler sich einem Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ ausgedrückt hat, kein definitivum ist, wird in mancher Beziehung besser ausgebaut werden müssen. Der Unabhängige Polnische Staat, weit hinausgeschoben gegen den Osten, an der Seite der Zentralmächte ist eine Notwendigkeit, und wenn er sein soll, so kann und wird er sein.

Zur Beilegung der Krise.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Warschau, 30. August.

Die Regierungskommissare beider Okkupationsmächte haben heute im provisorischen Staatsrat folgende Erklärung abgegeben:

„Die verbündeten Regierungen sprechen hiermit wegen der Mandatsniederlegung der Mitglieder des provisorischen Staatsrats ihr Bedauern aus, welches um so lebhafter ist, als die Verhandlungen der Regierungen beider Okkupationsmächte zur Einsetzung einer polnischen Regierung vor ihrem Abschluss stehen, Wie bereits bekannt, ist die polnische Legion aus Gründen militärischer Notwendigkeit an die Südost-Front entsendet worden.

Während der Dauer der Frontverwendung wird die Legion unter österreichisch-ungarischem Oberkommando stehen. Die verbündeten Regierungen zweifeln keinen Augenblick, dass die Legion — ihrer Ueberlieferung eingedenk — ihre ritterliche Pflicht auch diesmal rühmlich erfüllen wird. Der Zeitpunkt, in dem die Legion ihrem eigentlichen Zwecke, den Kader für ein polnisches Heer zu bilden, zurückgegeben werden wird, lässt sich derzeit nicht genau bestimmen. Die Errichtung einer polnischen Armee wird jedoch durch die Abberufung der Legionen nicht unterbrochen. Im Königreich Polen wird das notwendige Ausbildungs- und Werbepersonal verbleiben.

Daraus ergibt sich, dass weder der Weiterbau der polnischen Armee, noch der Weiterbau der politischen Einrichtungen des Königreichs Polen aufgegeben sind. Im Gegenteil hoffen die Okkupationsmächte, dass baldigst politische Institutionen ins Leben gerufen werden, durch deren Besitz Polen in die Reihe der selbständigen Staaten Europas tritt.“

Polen und sein wirtschaftliches Gleichgewicht.

Galizien ist von der Russenherrschaft wieder befreit, und der Marsch der Heere der Mittelmächte hat die Richtung gegen die Ukraina. So drängt sich beim Blick nach Warschau von selbst ein altes Problem neuerdings in den Vordergrund: das wirtschaftliche Gleichgewicht Polens. Galizien ist sein Hinterland, die Ukraina sein erster Versorger mit Rohstoffen: wie wird sich, da ein selbständiges polnisches Königreich in der Entstehung begriffen ist, da somit ein neuer grosser Wirtschaftsblock zwischen die Mittelmächte und Russland sich einschiebt und gleichsam eine innere Achsendrehung der östlichen Wirtschaftsverhältnisse sich vollzieht, der Ausgleich all' der gegensätzlichen wie der gemeinsamen Interessen gestalten? Das Material zur Prüfung der Frage ist ziemlich spärlich und oft einseitig zugerichtet. Nicht frei von solchen Fehlern ist beispielsweise eine sonst höchst schätzenswerte Untersuchung von M. Levy „Das Wirtschaftsleben im Königreich Polen“, die, gegen die Wahnvorstellung der unbedingten Abhängigkeit des alten Jagiellonenreichs von Russland ankämpfend, in die Uebertreibung des Gegenteils verfällt und einseitig die Bindungen zwischen Polen und den Mittelmächten unterstreicht. Die Wahrheit liegt, wie meist in solchen Fällen, auf der Mitte, entsprechend der natürlichen geographischen Lage Polens als Brücke zwischen Mitteleuropa und „Halbasien“. Es kommt nicht auf tiftelnde Untersuchungen an, nach welcher Seite das Uebergewicht der wirtschaftpolitischen Anziehungs- oder Abstossungskräfte neigt, sondern darauf, festzustellen unter welchen vernünftigen Bedingungen der veränderten Weltlage nach ein allerseits befriedigender Ausgleich gefunden werden kann.

Eine Uebersicht über den Erzeugungswert der Hauptindustrien Polens gibt die folgende Tabelle

I.

	Erzeugungswert in Millionen Rubel.	Hunderteile der Gesamterzeugung.
Nahrungsmittel	154,7	18,0
Bergbau, Hütten, Salinen .	60,1	7,0
Holz und Papier	48,9	5,6
Chemische Erzeugung . .	29,8	3,5
	293,5	34,1

II.

Weberei und Bekleidung .	398,2	45,3
Maschinen u. Metallverarbtg.	110,3	12,8
Steine u. Erden	30,4	3,6
Leder	29,4	3,4
Sonstiges	7,3	0,8
	556.6	65,9
	860,1	100,0

Die Wirtschaftspolitik Petersburgs Polen gegenüber war in den Hauptlieien folgende: da Russland ebenso reich an Rohstoffen ist, wie Polen daran Mangel leidet, suchte man durch eine kniffliche Tarifpolitik diesen Vorteil derart auszunutzen, dass das polnische Kronland wirtschaftlicher Vasallenstaat wurde und blieb. Für Erze, Roheisen, Sulfate wurden z. B. die Frachtsätze so bestimmt, dass es für die polnische Industrie billiger war, den Bedarf an diesen Rohstoffen aus dem entfernten Südrussland als aus den vor ihren Toren liegenden galizischen und schlesischen Lagern zu beziehen. Als unausbleibliche Folge ergab sich, dass die schwere Industrie Polens ebenso rückständig blieb, wie diejenige des zarischen Reiches aufschoss; dessen Erzeugung an Roheisen, an Halb- und Fertigfabrikaten aus Eisen und Stahl stieg 1908—1914 von 493 auf 957 Millionen Pud, während für den Jahresdurchschnitt des gleiche Zeitraums in Polen sogar ein kleiner Rückgang sich ergibt. Aehnlich verfuhr Russland bei der Nutzbarmachung seines Reichtums an Holz und bei der Behandlung der Getreideausfuhr: mehr und mehr ging es dazu über, Mehl statt Korn und Fertigfabrikate aus Holz statt Roh-

ware nach Polen zu schicken und dadurch dessen Müllereigewerbe und Holzverarbeitungsindustrie zu schädigen. Mit Recht weist Levy auf die Sonderbarkeit hin dass bei all' diesen und ahnlichen Rohstoffragen es Berlin, nicht Petersburg gewesen sei, das während der Tarifverhandlungen vor dem Krieg Warschaus Vorteile vertreten und beispielsweise sich mit Erfolg gegen die russischen Absichten, für Schwerindustrie, Rohstoffe und sogar Baumwolle an der westlichen Landesdrenze einen höheren Zoll als an der Seegrenze zu erheben, angekämpft habe.

Indessen zeigt die obige Tabelle deutlich, dass die Benachteiligung Polens durch dieses russische Differenzierungssystem nur eine Gruppe (I) von Industrien des Landes umfasst, die keineswegs die überragende Stelle einnimmt, vielmehr nur rund $^1/_3$ der Gesamterzeugung umfasst. Bei den übrigen $^2/_3$ aber liegen die Verhältnisse ganz anders. Auf Weberei und Bekleidung allein enfällt fast die Hälfte der industriellen Erzeugung, deren Hauptabnehmer stets Russland gewesen ist: von den Woll- und Baumwollfabrikaten bezog dieses rund 80 v. H. von den Leinen- und Jutefabrikaten 75 v. H., und der kleine Rest ging nicht westwärts, sondern blieb Selstverbrauch Polens. Nicht viel anders liegen die Dinge bei den Posten Maschinen und Metallverarbeitung, Leder und „Sonstiges"; von Eisenbahnmatorial, Blechen, Schuh- und anderen Lederwaren ging 80 v. H., von Glaswaren 90 v. H. nach Russland. Angesichts des glücklichen Gedeihens all' dieser Gewerbezweige kann daher gewiss nicht mit Recht behauptet werden, dass durch die Petersburger Politik, so selbstsüchtig und in manchen Richtungen tyrannisierend sie war, die gewerbliche Entwicklung ernstlich gefährdet und unterdrückt worden wäre. Mit Recht betont Zofia Daszyńska-Golińska in einer trefflichen Studie „Die wirtschaftliche und politische Lage Polens beim Ausbruch des Kriegs"*): „Auswärtige Kapitalien, Absatzmärkte in Russland, dessen

*) Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 40, Heft 3.

grossindustrielle Entwicklung später als diejenige vom Königreich erfolgte, eine freie besitzlose Arbeiterklasse und das russische Prohibitivzollsystem ermöglichten der Grossiudustrie Polen ihren raschen Aufschwung". Als Beweis dessen gibt die Schrift folgende Zahlen:

Im Jahre	Unternehmungen	Arbeiter	Wert der Erzeugung in 1000 Rubel
1877	8349	90767	103404
1883	9518	144786	208483
1895	9987	205827	278600
1905	10479	276747	413858
1910	10953	400922	860148

Es fragt sich weiterhin. inwiefern ist Polen in der Rohstoffversorgung durchaus von Russland abhängig, in wie weit stehen andere und bessere Zufuhrquellen zur Verfügung. Das oberschlesisch-galizische Kohlenbecken beschliesst nach vorsichtigem Schätzungen einen Vorrat von mindestens 86,7 Milliarden Tonnen. die jährliche Erzeugung beträgt 38,75 Millionen Tonnen (1/3 der gesamten deutschen Erzeugung); fraglos lagern also hier überreiche Mengen zur Befriedigung aller Ansprüche einer noch so stark sich entwickelnden schweren polnischen Industrie. Weit weniger günstig dagegen steht es um die Eisenversorgung; das ganze um Westgalizien herum gelagerte Kohlenbecken ist arm an eisenhaltigen Erzen, so dass voraussichtlich das mit diesen umso reicher gesegnete Dongebiet stets der Hauptlieferant Polens für den unentbehrlichen Rohstoff bleiben wird. Alles aber, was sonst die polnische Industrie gebraucht, ist in reicher Fülle aus den deutsch-österreichischen Grenzländern zu beziehen. So Zink, Zinn und vor allem Erdöl, dessen Vorkommen in den noch wenig erschlossenen galizischen Quellgebieten auf rund 500 Millionen Doppelzentner geschätzt wird. Ebendort stehen weiterhin grosse Salzlager zur Verfügung: hat also Polen vor dem Krieg den grössten Teil des Bedarfs an Soda für sein chemisches Gewerbe in Russland gedeckt, so kann es sich. da ihm Kohle, Kalkstein. Schwefel ebenfalls

von Galizien her zur Verfügung steht, auch auf diesem gewerblichem Gebiet unschwer von Russland unabhängig machen.

(Schluss folgt.)

Freiherr Dr. von Mackay.

Polen und die deutsche Demokratie.

Berlin S. W. 47, den 15. Aug. 1917.

I. Frühere Jahrhunderte.

Es ist merkwürdig, wie wenig im grossen und ganzen sich heute das deutsche Volk für die Polen interessiert und wie wenig Begeisterung die Befreiung der Polen vom zarischen Joch, die doch eins der grössten Ereignisse — vielleicht das grösste des jetzigen grossen Krieges — ist, hervorgerufen hat. Dabei glauben die Deutschen doch immer noch, dass sie das Volk der Idealisten sind und im Sinne Emanuel Kants die Dinge nur um ihrer selbst willen treiben, ohne immer gleich nach dem kleinlichen Zweck zu fragen. Und wenn, irgend wo gilt doch hier das Wort: „Jede Befreiung eines Volkes ist etwas Grosses, etwas Gewaltiges, und des Befreiers Füsse wandeln auf Rosen.

Es sieht aus, als ob die heutigen Deutschen sich so gar nicht recht in die Rolle der Befreier hineinfinden könnten, als ob sie vielmehr der Ansicht wären, im Schmucke der Volksbeglücker einherzugehen sei unmodern und passe wenig in die ernste Zeit hinein. Das ist indes nicht immer so gewesen. Die Mitte des vorigen Jahrhunderts stand bei uns im Zeichen aufrichtiger Polenfreundschaft. Die Demokraten haben Polens Schicksal mit wärmster Teilnahme verfolgt und schwärmten für die Befreiung Polens und unsere politischen Dichter sind jauchzende Verkünder der polnischen Freiheit gewesen. Georg Herwegh nennt die Befreiung Polens den letzten heiligen Krieg, der noch zu führen sei:

Ein Kampf muss uns noch werden,
Und drum der schönste Sieg,
Der letzte Kampf auf Erden,
Der letzte Heil'ge Krieg!

Herbei. Herbei, ihr Völker all',
Um Euer Schlachtpanier!
Die Freiheit ist jetzt Feldmarschall,
Und Vorwärts heissen wir,
Der Zeiger weist die Stunde,
O flieg, mein Poleu flieg,
Mit jeden Stern im Bunde,
Voran zum heil'gen Krieg.

Sie alle: die Platen, Grillparzer, Lenau, Auersperg, Uhland, Holtei, Chamisso und viele andere haben durch ihre Lieder mitgeholfen, den Freiheitsgeist der Polen zu fördern; sie haben mit gegen den Zarismus geschürt und für die Verbrüderung der Deutschen und Polen gesungen.

Wir leben heute in der Zeit der Erfüllung ihrer Hoffnungen und sollten uns nicht freuen, wenn ein altes Nachbarvolk, mit dem wir Jahrhunderte lang in engster Berührung gelebt haben, seine Ketten von sich wirft? Im Himmel ist Freude über einen jeden Sünder, der Busse tut, und die Weltkultur hat einen grossen Tag, wenn ein Tyrann gezwungen wird, seinen Fuss wegzuziehen von den Nacken eines Volkes. Der Weltfortschritt schlingt einen Knoten, wenn ein Volk seine Auferstehung feiert, und die Osterstimmung Polens muss zu uns herüberklingen wie der Geist von 1813, nur dass wir damals blosse 6 Jahre und Polen das Zwanzigfache dieser Zeit unter fremder Knechtschaft geseufzt hat.

Wir sind der Ueberzeugung, dass die Periode des deutchen Hakatismus glücklicherweise zu Ende ist. Für immer. Das war russischer Geist, herübergeflogen aus den sarmatischen Steppen. Damit hatte das Moskowitertum uns infiziert, um uns mit den Polen zu entzweien. Denn die deutsch-polnische Feindschaft war für ihn Geruch wie von lieblichen Brandopfern und bot

ihm die Möglichkeit, seine eigenen Druckmittel zu verschärfen.

Der Hakatismus sass ja auch nicht fest im deutschen Volke, war unter Bismark weniger als unter seinen Schülern gezüchtet, geführt von dem Nordlichtschein des Bismarckworts, das aber von dem Urheber selbst äusserst sparsam verwendet wurde: Macht geht vor Recht. Er wucherte krankhaft wie ein hässliches Geschwür bei gewissen Oberlehrern, deren psychologisches Verständnis zu Vertiefungen nicht fähig ist, und die glauben, man könnte erwachsene Völker behandeln wie Schulkinder. Ferner bei neugebackenen Grossgrundbesitzern, denen das Land und der Boden wie die Menschen, die darauf lebten, lediglich eine Ware ist. Endlich bei Bürokraten, die ihre Regierungskunst für einen Talisman erachten, der mit seinem Zauber die Menschen zwingt.

Diese Hakatistenkunst des angebürtigen preussischen Dreiklassenparlaments dürfte jetzt erledigt sein, wo der Weltkrieg alle Bürokratenkunst als recht leichte Ware blossgestellt und eine demokratische Welle die Völker veranlasst hat, sich auf sich selbst zu besinnen. Preussen. in dem die Regierungskunst in weit zurückliegenden Zeiten so mancherlei fertiggebracht hat, demokratisiert sich zuletzt unter den Völkern. Aber es kann nicht allein als feudaler Felsen der umbrandenden Flut widerstehen. Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preussen wird schwer sein. Wir werden Kämpfe erleben, wie sie Preussen bisher kaum gekannt hat. Die Konservativen werden obstruieren und sich streuben und winden wie der Drache gegen den andrängenden Siegfried. Aber am Ende dieses Kampfes an der einsamen Pappel steht die Trophäe des gleichen Wahlrechts, steht Preussen als Demokratie, wird Preussen auf die Stufe des deutschen Reichs gehoben.

Damit kehren wir zurück zur Polenfreundschaft des vorigen Jahrhunderts, die unserem idealistischen Denken allein als anständige Mütze zu Gesichte steht.

Auch in früheren Jahrhunderten sind die Beziehungen zwischeen Deutschen und Polen durchaus nicht immer gespannt gewesen, sondern eher freundnachbarlich und voller Anziehungskraft. Das kann uns ein kurzer Rückblick bestätigen.

Es gibt heute eine Geschichtsauffassung, wonach wir Deutschen stets ringsum von Feinden bedroht gewesen wären und hätten immer gegen Ueberfälle auf der Lauer liegen müssen. Schon für den Westen gilt es nicht, dass Deutsche und Franzosen immer Erbfeinde gewesen sind. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind vielmehr häufig recht gut gewesen. Und wenn die Franzosen gelegenttich über den Rhein als Eroberer vorgedrungen sind, so sind mindestens ebenso häufig die Deutschen nach Frankreich mit dem Schwert in der Hand eingefallen. Das ständige Predigen vom Erbfeind, mit dem man die nationalen Leidenschaften schüren will, sollte man selbst in der Zeit des Krieges als kindisch unterlassen. Denn jeder Krieg will sein Ende haben und muss dem Frieden weichen. Und je eher die Leidenschaften bezwungen sind und man vom Feinde wieder mit Achtung spricht, um so eher wird die Stimmung für den Frieden vorbereitet.

Den Polen gegenüber aber ist jede Stimmung, die irgendwie an den Erbfeind erinnern könnte, völlig unangebracht. Natürlich haben Deutsche und Polen wiederholt die Waffen gekreuzt. In alten Zeiten sah man aber darin viel weniger feindselige Handlungen als heutzutage. Die Deutschen unter einander haben sich übrigens viel häufigen in den Haaren gelegen.

Im allgemeinen haben Deutsche und Polen durchaus friedfertig nebeneinander gewohnt. Das Sprichwort, es kann der Frömmste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt, hat zwischen Polen und Deutschen nicht gegolten.

Dabei sind die Wechselbeziehungen zwischen den beiden Völkern immer ausserordentlich rege gewesen,

im allgemeinen reger, als die Beziehungen über den Rhein hinweg. Auch haben die Grenzen ständig gewechselt, auch die Sprachgrenzen. während die deutsch-französische Sprachgrenze beispielsweise seit dem Vertrag von Merszen ziemlich dieselbe geblieben ist Die Macht der Polen reichte seiner Zeit über das genze östliche Deutschland. Die Polen beherrschten die Slaven bis zur Oder und bis zur Spree. Bis in die Gegend von Berlin hat sich der polnische Einfluss erstreckt. Das Bistum Lebus z. B. in Fürstenwalde an der Spree war ursprünglich ein polnisches Bistum.

Die Deutschen haben dann den Osten germanisiert. Aeusserst friedlich. Die polnischen Fürsten und Könige verschwägerten sich mit den deutschen Fürsten. So wurde die deutsche Oberherrschaft durch Heirat und Erbschaft ausgedehnt. Die Kolonisation geschah ebenfalls friedlich. Die Polen holten sehr häufig die Deutschen als gute Kolonisatoren ins Land.

So drang die deutsche Rasse bis tief ins eigentliche Polen hinein vor, bis nach Krakau und Warschau. Namentlich die Städte in Polen waren meist von Deutschen gegründet und bevölkert, wie denn überhaupt damals alle Städte im Osten. auch die in Böhmen und Ungarn, grösstenteils deutsch waren. Aber auch Dörfer wurden massenhaft von Deutschen gegründet, wie auch polnische nach deutschem Magdeburger Recht eingerichtet wurden.

So haben beide Nationen sich Jahrhunderte hindurch friedlich durchdrungen. Zu beiden Seiten der Oder wurden die Polen germanisiert und weiter östlich wurden die Deutschen polonisiert. Bis an die Reformationszeit heran war Krakau noch eine vorwiegend deutsche Stadt, und in Posen wurden die Kriminalakten noch nach der Reformationszeit deutsch geführt. Dabei ist auf beiden Seiten bei der Nationalisierung keine Gewalt angewendet worden.

Die deutsche Kultur hat im Mittelalter massgebenden Einfluss auf Polen geübt. Sowohl durch die Geist-

lichkeit, die sehr lange in Polen deutsch war, wie auch durch das Handwerk und die Kunst in den Städten, aber auch durch die Agraverfassung auf dem Lande. Auch die polnische Sprache hat viele deutsche Ausdrücke übernommen. Die deutschen Geistlichen brachten ja den Polen die Anfänge des Wissens und der Kultur bei.

Später ist dann allerdings der deutsche Einfluss in Polen sehr zurückgedrängt worden. Polen wurde ein starker Hort des Humanismus in ganz sonderbarer Weise. Der Humanismus blühte hier viel stärker als Deutschland, wo er durch die Reformation abgelöst wurde.

In Polen hielt dann die Reformation von Deutschland aus zwar auch ihren Einzug. 3/4 oder 4/5 der Schlachta, des niederen Adels, wurden Protestanten, ebenso das Bürgertum in den Städten. Aber der protestantische Geist schlug doch keine tieferen Wurzeln. Den Jesuiten gelang es sehr bald, ihn so gut wie völlig auszurotten.

Später wurde der französische Einfluss in Polen übermächtig. Es war die Zeit, wo die deutsche Kultur zu schlummern begann und Ludwig XIV. den europäischen Kontinent geistig regierte. So gelang es auch den sächsischen Königen nicht, in Polen deutsche Kultur zu verbreiten.

Ernste kriegerische Zusammenstösse zwischen Deutschen und Polen sind verhältnismässig selten gewesen, trotz des Dranges nach Osten, dem die Deutschen seit dem Jahre Tausend gefolgt sind. In der alten Zeit kämpften die Polen wiederholt mit dem deutschen Ritterorden. Beide — Polen wie Ritterorden — stritten um den Besitz der Weichselmündung. Anfangs war der Ritterorden, der ja überhaupt erst von den Polen ins Land geholt war, siegreich. Trotzdem die Polen 1331 bei Płowce den deutschen Orden kräftig aufs Haupt schlugen, gelang es diesem doch, die Weichselniederung und den Besitz der Küste zu behaupten.

Nur 80 Jahre später eroberte aber Polen infolge des Sieges bei Tannenberg doch Danzig und die Meeresküste. Zu diesem Sieg hatte indess der deutsche Grundadel mitsamt den Städten in Ostpreussen die Veranlassung gegeben, die beide unter der strengen Ordensherrschaft seufzten. Beide hatten die Polen ins Land gerufen und fochten auf polnischer Seite.

Weiterhin hat es nur unter dem preussischen Kurfürsten Friedrich Wilhelm noch ernste Kämpfe mit Polen gegeben. Dieser machte mit Hilfe einer etwas skrupellosen Politik Ostpreussen von Polen unabhängig. Bei sonstigen Kämpfen hat eine besondere preussisch-polnische Feindschaft keine grössere Rolle gespielt. Die Polen hatten ihre Hauptfeinde im Osten.

Sie fühlten ja überhaupt den Beruf in sich, der Hort der westlichen Kultur gegen die Asiaten zu sein. Ein Beruf, der durchaus nicht nur in der Schlacht gegen die Mongolen bei Liegnitz 1241 und in der Rettung Wiens vor den Türken 1683 zum Ausdruck gekommen ist.

Preussen seinerseits hat zwar an seinen Grenzen ringsherum mit aller Welt gekämpft; mit den Polen aber verhältnismässig wenig.

Die Polen sind nicht eigentlich eine kriegerische Nation. An der Wiege des vor tausend Jahren auftauchenden Volkes hat die Sage einen Piasten, einen friedlichen Bauernkönig, gestellt; die Personifikation der schöpferischen Friedensarbeit. Das Wort Krieg heisst im Polnischen Notfall oder Notwehr. Das Wort stellt also die Verteidigung, nicht den Angriff in den Vordergrund. Der einzige polnische König, den man den Grossen genannt hat, Kazimir, hat diesen Beinamen nur als Bauernkönig, als Friedefürst, erhalten.

Polen hat sich zwar stark ausgedehnt. Im 15. und 16. Jahrhundert war es der ausgedehnteste Staat Europas, aber in der Hauptsache auf friedliche Weise. Die Union mit Litauen kam auf mustergiltigem Wege zustande. Es war ein „Bund der Liebe“. Eine mystische

Ehe zweier Völker nannte man die polnisch-littauische Vereinigung, die in Horodlo 1413 gebildet wurde. An der Spitze der diesbezüglichen Akte stand das Bekenntnis: „Wer nicht auf Liebe baut, wird sein Seelenheil nicht finden. Nur die Liebe allein bleibt nicht ohne Erfolg. Strahlend, wie sie ist, dämpft sie die Gehässigkeiten, schwächt den Zorn, gewährt allen den Frieden. Sie einigt die Getrennten, hebt die Gefallenen, ebnet die Unebenheiten, macht Krümmungen gerade, sie steht jedermann bei, beleidigt niemanden, und wer auch bei ihr seine Zuflucht sucht, ist sicher und ihn werden keine Drohungen schrecken. Die Liebe schafft Gesetze, regiert Staaten, gründet Städte und bringt die Stände der Republik zum Guten. Wer sie aber verschmäht, wird alles verlieren. Daher bestätigen wir mit dieser Urkunde, dass wir alle, die wir hier versammelt sind: Prälaten, die Ritter, der Adel, indem wir im Schutz der Liebe ruhen wollen und von ihrem frommen Gefühl durchdrungen sind, unsere Häuser und Geschlechter, unsere Familien und Wappen, einigen und binden".

„Der Reichstag von Horodlo hat eine Völkerunion besiegelt, wie diese in der gesamten Geschichte Europas nicht zu finden ist", sagt der deutsche Historiker Caro. In solcher Weise zwei Völker zusammenschweissen und die Grenzen ausdehnen, das erfreut ein Demokratenherz. Und die Vereinigung Polens mit Litauen hat sich als sehr dauerhaft erwiesen. Selbst unter russischer Fremdherrschaft im letzten Jahrhundert hat Litauen sich brüderlich zu Polen gestellt.

Auch die Vereinigung Ostpreussens mit Polen wurde friedlich angebahnt. 1454 wandte der deutsche Adel in Ostpreussen mit den deutschen Städten, die schon in der Schlacht bei Tannenberg auf polnischer Seite gefochten, sich an Polen um Einverleibung. 12 Jahre später wurde nach etlichen Kämpfen Ostpreussen polnisches Lehen und Westpreussen kam direkt an Polen. Weiter verzichtete 1525 das Fürstentum Masowien nach dem Aussterben eines Fürstenhauses auf

seine Unabhängigkeit und trat in freiwilligen Verband mit dem polnischen Staate. 1560 endlich meldete der deutsch-lutherische Ordensstaat Livland seinen Beitritt an. Er tat das in der Hoffnung auf weitgehende Autonomie.

Wie kam das, dass Polen eine solche Anziehungskraft auf fremde, umwohnende Völkerschaften ausgeübt hat? Das lag an seiner Verfassung. Es hatte die freieste Verfassung. Es war die früheste Demokratie; in viel stärkerem Sinne als England — eine Art Republik, hat sich auch häufig so genannt; allerdings eine Adelsrepublik. — Aber der Adel war sehr ausgedehnt. Unter 10 Millionen Polen gab es im 18. Jahrhundert etwa eine Million Adlige, häufig ganz besitzlose Leute.

Dieser Adel regierte. Und er war freiheitlich gesinnt. 1430 führte er das Gesetz ein neminem captivabimus, wonach niemand ohne vorherige Ueberführung von der Schuld verhaftet werden durfte — 250 Jahre vor der berühmten englischen Habeas corpus Akte. Die Sichereng der Habe war schon 1422 erreicht wornen. Der König durfte seit dieser Zeit ein Privatgut nicht einziehen. 1588 sicherte der Adel die Unverletzbarkeit des Familienherdes. Danach durfte das Haus des Adligen einer Durchsuchung auch dann nicht unterzogen werden, wenn sich darin ein Verbannter aufhielt.

1493 wird ein Reichstag errichtet, der allmählich ganz moderne Formen erhält. Er bestand aus Senat und Oberhaus. Seit 1505 durfte der König ohne Reichstag, der die Quelle aller Gewalt war, nichts mehr unternehmen und beschliessen. Der Reichstag machte es dem Könige für Pflicht „nichts über uns ohne uns!“ Die Abgeordneten ihrerseits mussten vor den Wählern erscheinen und vor den Einzellandtagen Bericht erstatten.

Die Rechte des Königs wurden allmählich sehr beschränkt. Der Franzose Thiers stellte es 1930 als Ziel der französischen Verfassung hin: le roi regne et

ne gouverne pas. Dasselbe hatten polnische Politiker schon 1607 aufgestellt in dem Satze: regnat sed non imperat.

Seit 1573 wurden jedem Könige bei dessen Thronbesteigung die Landgesetze und Herrschaftsbedingungen zur Annahme vorgelegt, worin die Pflichten und Rechte des Königs und des Volkes streng abgemessen waren. Erst nach dem Eid auf diese Artikel konnte der König regieren. Wenn der König die Gesetze, Freiheiten und Artikel verletzte, waren die Bürger von der Pflicht der Treue und des Gehorsams dem König gegenüber entbunden. Das Gesetz von 1609 bestimmte ganz eingehend „das Verfahren, welches der endgiltigen Kündigung des Gehorsams vorausgehen soll, da dies keineswegs eine kurzfristige noch leichtfertige Handlung sein soll". Wenn der König auf eine offene und bewusste Weise die verteidigten Gesetze verletzt hatte, soll er durch Senatsbeschluss dreimal gewarnt und vom Primas des Reiches ermahnt werden und erst, nachdem er die Bitte abgelehnt hatte, kann der Reichstag im Falle einer offensichtlichen Schädlichkeit den Vertrag lösen, den die eine von den Parteien nicht eingehalten hatte.

Sehr gut geregelt war auch das Recht des Königs, Krieg zu führen. Ueber Krieg und Frieden hatte der Reichstag zu entscheiden. Schon 1496 erhielt dieser das Recht der Einberufung des allgemeinen Aufgebots, zu dem jeder Adlige erscheinen musste, während die Bürger die Städte verteidigen mussten.

Den Gedanken eines stehenden Heeres hat der Reichstag andauernd zielbewusst bekämpft. Er sagte sich, das stehende Heer befördert den Absolutismus, wie das ja überall im übrigen Europa der Fall war. Selbst in der Zeit der höchsten Not 1788, wo der Reichstag beschloss, 100000 Mann zu bewaffnen, wollte Kościuszko nur eine Miliz ausheben, wie sie in Amerika üblich war.

Es ist ein Wunder, wenn unter diesen Umständen Emil Rousseau in seinem Traktat über die polnische

Regierung zur Einsicht gelangt, dass die Grundsätze der polnischen Verfassung im allgemeinen gut sind und die polnische Verfassung der englischen entschieden vorzuziehen sei.

Anton Chołoniewski schildert in seiner trefflichen Schrift über den Geist der Geschichte Polens (Krakau 1917), wie die Polen unter ihrer Verfassung ein ausgezeichnetes Rechtsbewusstsein, allerdings ein ziemlich schrankenloses, ausgebildet haben. 1791 beschloss der Reichstag beispielsweise, dass alle 25 Jahre ein besonderer Reichstag zur Revision der Verfassung zusammentreten müsse, da jedes Menschenalter seine eigene Gedanken habe. Im selben Jahre wurden auch genaue Bestimmungen getroffen über das Anklageverfahren gegen Minister, was wir in Deutschland heute noch nicht einmal haben. Die Polen galten zwar seinerzeit als rechthaberisch, aber die genannte Schrift führt zahlreiche Urteile von Ausländern an, dass selbst zu der Zeit, wo Polen im Ausland im Rufe der Anarchie stand — in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, — die Sicherheit im Lande geradezu glänzend gewesen sei. Man hätte sich in Polen so sicher gefühlt wie nirgends in der Welt. Mit den grössten Geldsummen versehen, hätte man doch allein reisen können ohne jeden Schutz.

Die polnischen Könige haben stets ganz frei mit dem Volke, ohne Wache oder Begleitung, verkehrt. Einen Königsmord kennt die polnische Geschichte nicht.

Es ist also kein Wunder, wenn allerlei verfolgtes Volk, Juden und Sektierer wie die Sozinianer, auch z. B. mancherlei deutsche Bauern nach Polen sich geflüchtet und dort Schutz und Sicherheit gefunden haben. Im ganzen ein Land, dass den deutschen Demokraten wohl sympathisch sein musste.

Hermann Kötschke.

Die polnische Demokratie in Frankreich gegen die Bildung einer polnischen Armee ausserhalb der Grenzen Polens.

Zürich, 20 August 1917.

In der jüngsten Zeit sind in Paris zwei neue polnische Organe entstanden: „La République polonaise" und „Głos Polski". Der letztere tritt offen gegen die Bildung elner polnischen Armee in Frankreich, Russland usw. auf. Nach der Ansicht der Kreise, die der „Głos Polski" vertritt. soll die Heimat über die Richtung der polnischen Politik bestimmen, nicht die Emigration.

„Wir, die wir hier fern der Heimat leben" — lesen wir im Hauptartikel — „dürfen die Bande, die uns mit ihr verbinden, nicht zerreissen. Wir müssen das Leben der Heimat mitleben. Wir müssen an den Anstrengungen und an der Arbeit der Heimat teilnehmen, aus Polen den Mut zu unseren Arbeiten schöpfen und uns nach ihrem Willen richten.„

„Alle irgendwelche selbstsüchtigen politischen Kombinationen sind aufs strengste zu vermeiden, sie können leicht unsere Sache auf falsche Bahnen lenken. Und wenn wir ausschliesslich mit der allgemein-polnischen Politik des Landes rechnen, werden wir diese Fehler vermeiden können."

Aus Anlass des Dekrets des Präsidenten der Republik vom 4. Juni 1917. in welchem die Schaffung einer polnischen Armee in Frankreich genehmigt wurde, schreibt der „Głos Polski" in einem von der Zensur stark zusammengestrichenen Artikel:

„Wir wollen hier den Entschluss des Präsidenten weder prinzipiell erörtern noch kritisieren . . . Aber wir müssen doch erwähnen, dass wir keine Quellen zu erkennen vermögen, aus denen die Schöpfer dieser polnischen Armee das Material, d. h. die Soldaten, holen werden." Es folgt nun eine Zensurlücke, die wahrscheinlich mit Berechnungen ausgefüllt war. In Frankreich weilen höchstens 10000 Polen, von denen manche

sich bei Beginn des Krieges freiwillig zu den Waffen gemeldet haben, um Frankreich für die langjährige Gastfreundschaft die Dankesschuld abzutragen, zum Teil wohl auch unter dem Einfluss der Agitation des Herrn Gąsiorowski. Viele sind gefallen, bei Arras, bei Saloniki, auf Gallipoli, so dass es schwer denkbar ist, dass ihrer noch viel mehr wie ein halb Tausend in der französischen Armee zerstreut zu finden wäre. Alles in allem gerechnet, könnten vielleicht 1000 Mann zusammenkommen, es sei denn, die Franzosen rechnen noch mit der Ankunft der mythischen polnischen Armee aus Amerika.

Die Zeitung glossiert dann ironisch die Aufrufe einiger amerikanischer Polen, Präsidenten von Turnvereinen, und zweifelt entschieden, dass sie irgend einen nennenswerten Erfolg erzielen werden. „Wir zweifeln nicht, dass der Beschluss, den die Polen in Amerika fassen werden, nur den Wünschen Polens entsprechen wird, nicht den ehrgeizigen Bestrebungen einzelner Gruppen oder Personen ausserhalb des Landes".

Ebenso energisch tritt die Zeitung gegen die Bildung einer polnischen Armee in Russland auf, indem sie schreibt: „Die polnische Armee kann nur in Polen gebildet werden, ausserhalb der Grenzen des Landes könnten dies nur Freiwilligenscharen sein. Nur die polnische Nation hat das Recht, die polnische Armee aufzustellen, niemand anderer: die polnische Emigration in Europa oder Amerika könnte dies ausschliesslich im Einverständnis mit Polen tun. Aber eine solche Verständigung hat noch nicht stattgefunden.

„Was nun die polnische Kolonie in Frankreich anbetrifft, so können wir mit gutem Gewissen sagen, dass dieselbe in ihrer grossen Mehrzahl gegen einen solchen Plan ist, indem sie der Ansicht ist, dass eine solche, ohne Mitwirkung des Landes zustandegekommene Armee nur der polnischen Sache und dem Interesse der Entente schaden könne, weil die Deutschen, als Vorwand die Bildung der polnischen Armee in Russ-

land benutzend, in Polen eine Zwangsaushebung vornehmen könnten, vielleicht sogar gegen den Willen des Staatsrats. Dies ist weder für Russland noch für die Entente erwünscht."

In Nr. 2 des „Głos Polski" polemisiert Herr Jan Tarnowski gegen eine neu erschienene Brochüre, die für die polnische Armee in Frankreich agitiert.

Die letzte Nummer des „Głos Polski" vom 10. August 1917 stellt der Armeefrage in Frankreich die Beschlüsse verschiedener polnischer Organisationen entgegen, so z. B. des Kongresses der Demokratischen Organisationen in Moskau, des Demokratischen Klubs, des Polnischen Volksverbandes, der sozialistischen Gruppen P. P. S. und S. D. K.

Dass die Anhänger der polnischen Armee in Frankreich schon jetzt sehr enttäuscht zu sein scheinen, geht aus verschiedenen gescheiterten Unternehmungen und aus der Rubrik „Was soll das bedeuten?" des „Głos Polski" hervor.

Der Provisorische Staatsrat geniesst von Seiten des „Głos Polski" sowie überhaupt von Seiten der demokratischen Elemente in Frankreich die entschiedenste Unterstützung. Die Bekundungen, Aufrufe und Berichte des Staatsrates nehmen einen sehr beträchtlichen Teil der Zeitung ein. So lesen wir z. B. in Nr. 1 des „Głos Polski", dass der Provisorische Staatsrat die erste Stellung im Lande, die er gegenwärtig einnimmt, verstärken möchte. Der einzige reale Akt im Verhältnis zu den Okkupationsmächten ist der Akt des 5. November, der dem Königreich die Selbständigkeit und die monarchisch konstitutionelle Verfassung einräumte. Der Staatsrat beruft sich nun auf diesen Akt und verlangt die Einsetzung eines Regenten, einer polnischen Regierung und des Landtags. Diese Forderungen zeugen von grossem politischen Verstand. Der Staatsrat möchte durch eine vollkommenere Regierungsform ersetzt werden. Indem der Staatsrat die Kandidatur eines österreichischen Erzherzogs als Regenten Polens aufstellt,

will er Oesterreich zwingen, die polnische Sache zu unterstützen.

In einer weiteren Nummer des „Głos Polski“ finden wir ein Telegramm des Staatsrates an das Polnische Demokratische Komitee in Petersburg, das sich gegen eine polnisch-russische Armee ausspricht, ferner die Deklaration des Grafen Adalbert Rostworowski, die Beschlüsse der polnischen Parteien in Sachen Litauens usw.

Einen nicht so sympathischen Eindruck erweckt das andere neue Pariser Organ „La Republique polonaise“. Wir wollen uns zunächst eines Urteils über diese Zeitschrift enthalten, weil bisher nur eine Nummer erschienen ist. Lector.

Presse und Volksstimmung.

Zur Verschlimmerung der Lage in Polen hat — das darf mit ruhigem Gewissen gesagt werden — in nicht geringen Masse die Haltung eines grossen Teiles der deutschen Presse beigetragen. Wes Geistes Kinder diese Pressorgane, unter denen sich leider auch einige grosse Berliner Tageszeitungen befinden, sind, das ist ja in Deutschland gut bekannt; weniger bekannt ist es aber in Polen, wo diese Zeitungen seit jeher Eingang gefunden haben; die Stimmen des „Lokalanzeigers“, der „Vossischen Zeitung“ usw. werden daher in Polen nachgedruckt, zu ihnen gesellen sich noch die Stimmen der gewerbsmässigen Polenhetzer und das polnische Publikum beurteilt nach ihnen die Gesinnungen von ganz Deutschland. Das geschieht umso mehr, als seitens der demokratischen Presse in Deutschland kein Gegeugewicht geschaffen wird. Nicht nur das „Berliner Tageblatt“, sondern auch der „Vorwärts“ vermeidet geflissentlich eine eingehendere Behandlung der Polenfrage und die Stellungnahme, besonders des Berliner Hauptorganes des Liberalismus, ist in der letzten Zeit wenig dazu geeignet, Beruhigung und Verständigung in Polen herbeizuführen. Der „Vorwärts“ fand allerdings Gelegenheit in kurzen Worten gegen den alldeutschen Feldzug und gegen die Besudelung des Charakters Pilsudskis Protest zu erheben.

Auf den wohlorganisierten Kampfzug der schwerindustriellen und konservativen Presse gegen die Polen haben wir mehrmals hingewiesen. Es wird hier systematisch mit allen bekannten Aufreizungsmitteln gearbeitet, als ob es den Schreibern darauf ankäme, in Polen Erbitterung zu säen. Ein Volk kann ruhig zuhören, wenn man über seine materiellen Güter

streitet, wenn man aber seine nationale Ehre, seinen Charakter, Vergangenheit mit Kot bewirft, so bäumt sich jeder, der Ehre im Leibe besitzt, gegen die Angreifer auf. So erachtet es der rote „Tag“ vom 5. August für geeignet, die polnische Vergangenheit, ihre Freiheitsbestrebungen und Kämpfe zu besudeln; die Verfassung vom 3. Mai 1791, deren Andenken dem Polen heilig ist, ist dem Schreiber, einem gewissen Dr. Robert Hessen, „eine blosse Kinderei“; den Bestrebungen des uns allen teuren Tadeusz Kościuszko werden die niedrigsten Motive unterschoben; der Kampf gegen die Moskoviter vom Jahre 1830/31 wird besudelt.

Mit Abscheu wenden wir uns von diesem Aufsatz ab, um dann in der „Deutschen Tageszeitung“ zwei Artikeln „Vom polnischen Charakter“ zu begegnen, wo das Widerwärtigste zusammengestellt ist, was man über den Charakter eines Volkes sagen kann. Wir möchten nicht in diesem Schmutz des Skribenten wühlen; es genüge die Anführung, dass als namhafte Quelle zur Beurteilung des polnischen Nationalcharakters eine bekannte Satire von Heinrich Heine gilt, die wie jede Satire manche bei jedem Volke vorkommenden Auswüchse ins Groteske verzerrt. Heine als Beleg für die „Deutsche Tageszeitung“! Was würde die Redaktion sagen, wenn aus Heines Satiren und Ernst Zitate gegen ihre preussischen Klassengenossen angeführt würden?

Zu diesen Verzerrungen kommen dann „historische Ausblicke“ der „Post“, um Argumente gegen Polen zu liefern. - Wenn unsere Gegner wenigstens ihre eigene Geschichte kennen würden! Als Autorität dient der „Post“ im gegebenen Fall Graf von Hoyn, der 1794 bis 1807 an der Spitze von Südpreussen stand und von seinem Standpunkte aus — Grenzen für Polen in Vorschlag gebracht hat. Wir möchten unsererseits nicht zur Aufreizung beitragen. Wer aber die Vergangenheit kennt und die unrühmliche Rolle, die von Hoyn gespielt hat, und die in dem seinerzeit sehr bekannten „Schwarzem Buche“ von Held und Zerboni geschildert worden ist*), der weiss, welche moralische Kapazität der Verfasser war und zu welchem Zweck er eine Vergrösserung seines Betätigungsfeldes brauchte. Dazu kommen naturlich die Auslassungen der „Deutschen Zeitung“, der „Berliner Neuesten Nachrichten“ und der „Kreuz-Zeitung“; letztere vom 10. und 28. August. Einen Versuch einer sachlichen Auseinandersetzung finden wir in den Artikeln der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Kölnischen Zeitung“. Erstere, die überhaupt das einzige Blatt ist, das in Warschau einen eigenen Korrespondenten unterhält, hat sich in einigen Aufsätzen mit der Lage in Polen eingehend befasst. In Nr. 592 wird die Beamtenwirtschaft mit scharfen Worten gegeisselt; in der Nummer vom 18. August („Der Streit um Polen“)

*) Held: Die wahren Jakobiner in Preussen oder aktenmässige Darstellung der bösen Ränke und betrügerischen Dienstführung zweier preussischer Staatsminister, 1801. (Ders.): Das Schwarze Buch. General-Tableau von sämtlichen in Südpreussen von des Königs Majestät Friedrich Wilhelm II. verschenkten königlichen Gütern (in den von Hennigs herausgegebenen „Annalen der leidenden Menschheit“), 1801.

polemisiert die Redaktion mit mehreren antipolnischen Zeitungsstimmen. Zuerst die Angelegenheit Piłsudski: es wurde ja über dieselbe viel Tinte vergossen; über den Charakter des Mannes wird viel gestritten. Wir sind der Meinung, dass es an der Zeit wäre, das Aktenmaterial in dieser Angelegenheit zu veröffentlichen, sonst wird darin keine Klarheit hineinkommen. „Das Interesse“, schreibt die „Kölnische Volkszeitung“, „das die Mittelmächte an Polen haben müssen, erstreckt sich auf Menschenalter hinaus. Wahrt man es heute nicht, so kehrt vielleicht nie wieder die Gelegenheit zurück. Polens Interesse an den Mittelmächten wächst von Tag zu Tag, vorausgesetzt, dass man die Vierbundsfreunde in Polen durch kluge Verwaltungstätigkeit unterstützt. In den Ländern der Mittelmächte wohnen einschliesslich des besetzten Ostens soviele Slaven, dass man ihnen gegenüber grosszügige Politik machen kann. „Die „Kölnische Volkszeitung“ betont ferner ihr Interesse an Polen, als an einem Land, das von Katholiken besiedelt ist und, anknüpfend an eine Broschüre von Władysław Studnicki über die polnisch-litauische Frage, gelangt sie zu dem folgenden Schluss: man hat dem „panie“ ein Königreich versprochen mit einem König: man handele und gebe! Dann wird die Beurteilung des Polen anders werden.“

Anknüpfen an die obigen Ausführungen, behauptet die „Kölnische Zeitung“ vom 15. August: „der Hauptfehler in den Gedanken vieler deutscher Politiker scheint uns doch heute der zu sein, dass man wirklich ganz ernstlich und offen von einer westlichen Orientierung Polens redet und wohl gar des festen Glaubens ist, dass in der Mehrzahl der Polen eine Vorliebe für eine solche Richtung vorhanden wäre.“ Die „Kölnische Zeitung“ dagegen ist der Meinung, dass „den Polen gar nicht daran liegt, irgendwie einen festen Anschluss an die Mittelmächte zu suchen, sondern dass sie nach wie vor, und seit der russischen Revolution mehr denn je, darauf ausgehen, bei Russland zu bleiben und die russischen Freiheiten unter dem Schutze der freien Entwicklung der russischen Republik zu geniessen“. Auch die Deutschen in Łódź sollen denselben Tendenzen huldigen. Wir erwiedern darauf mit einer Bitte um Beweise. Ein Häuflein von Fabrikanten, dazu nicht einmal polnischer Nationalität, die sich nach dem goldenen Kalb in Russland sehnen, ist noch nicht eine Vertretung der polnischen Nation. Wir wiederholen: einen Beweis aus dem Bereiche von Kongresspolen hat die „Kölnische Zeitung“ nicht geliefert, dagegen sprechen viele Beweise dafür. dass das Land seine Unabhängigkeit verlangt. Uebrigens ist auch die „Kölnische Zeitung“ für ein Festhalten an der Linie, den Polen ihren Staat aufzurichten, nur verlangt sie, dass Deutschland dabei keinen Schaden nehme. Das ist aber eine zu allgemeine Sprechweise; es ist schon die höchste Zeit, sich prägnanter über das gegenseitige Verhältnis, über die Grenzen Polens usw. auszusprechen. — Die „Kreuz-Zeitung“ knüpft an die obige Diskussion an und bemerkt: „Da die Polen von der Befreiung durch die Deutschen nichts wissen wollen, so verzichten wir denn darauf und be-

schränken uns dahin, lediglich unsere Interessen zu schützen, im übrigen aber die polnische Frage als einen Punkt, der eine deutsch-russische Verständigung erschweren könnte, auszuschalten. Die polnische Ostgrenze werden wir als eine Sicherung für uns nicht ansehen können, folglich werden diese Sicherung an unserer Ostgrenze zu suchen haben und diese soweit, als militärisch für notwendig erachtet wird, nach Polen vorzuschieben haben. An dem, was dahinter liegt, mögen wir uns ruhig für uninteressiert erklären. Dann belasten wir uns nicht mit Verantwortlichkeiten, die uns keinen Nutzen bringen und binden uns nicht die Hände in der Behandlung unserer eigenen Polenfrage.„ Unsere Antwort hierauf ist kurz: In Russland zeigt kein verantwortlicher Politiker Geneigtheit, mit Politikern vom Schlage der „Kreuz-Zeitung" zu verhandeln; wenn die „Kreuz-Zeitung" ferner glaubt, dass durch eine neue Teilung Polens die Ostrgrenze Preussens gesichert werden wird, so dürfte sie sich in einem Irrtum befinden.

* * *

So stand die Diskussion bis zum Tage, als die Nachricht von der Demission des Staatsrates bekannt wurde.

Die Demission, obwohl nicht unvorbereitet, löste einen wahren Sturm in der Presse aus. Die antipolnische Presse fand Gelegenheit ihr ganzes Herz nochmals auszuschütten. Der „Lokalanzeiger" vom 29. August, ohne zu wissen, welche Gründe der Staatsrat für seinen Rücktritt angegeben hat, sieht solche in dem Umstande, dass den Polen die volle Herstellung ihres Staatswesens nicht rasch genug vorwärts geht, ferner, „dass sie, wenn sie nicht den offenen Anschluss an Russland, so doch eine neutrale Haltung zwischen den Mittelmächten und ihrem östlichen Nachbarn für das zu gründende Polenreich anstreben, dass sie von vornherein jede militärische und politische Einwirkung der beiden Kaiserreiche abzuwehren suchten". Beweise dafür werden natürlich nicht geliefert. Die „Post" wirft den Polen vor, dass sie demonstrieren, während die verbündeten Regierungen Zugeständnisse über Zugeständnisse machten; darauf sei zu bemerken, dass vom 5. November an der Aufbau des Polnischen Staates keinen Schritt vorwärts gemacht hat; die Uebergabe des Justizwesens soll am 1. September erfolgen, aber auch solche Zugeständnisse wie die Uebergabe des Schul- und Justizwesens werden nur zur nationalen Autonomie führen, und es besteht doch ein Unterschied zwischen letzteren und einer eigenen Staatlichkeit. Natürlich warnt die „Post" vor weiterem Nachgeben; die Einstellung aller Arbeiten, die auf die Einrichtung einer polnischen Regierung und Verwaltung abzielen, wäre nach der „Post" die einzige richtige Antwort. „Deutschland sollte sich nach dem heutigen Stande der polnischen Dinge darüber keine Sorge mehr machen." Wir bewundern die „Post" wegen ihres leichten Herzens, beneiden sie aber nicht; es findet sich in Deutschland wahrscheinlich kein einziger ernster Politiker, der so sorgenlos wäre. Im gleichen Gedankenkreis bewegen sich andere alldeutsche Blätter. Auch die „Kölnische Zeitung" vom 29.

August ist für die Einstellung der Polonisiernng der Verwaltung in Polen und droht: „wenn die Polen wieder und wieder an den Voraussetzungen des Aktes vom 5. November rütteln, so dürfen sie sich nicht wundern, wenn wir eines Tages ihn für verwirkt erklären". Dasselbe behaupten die allpolnischen und feindlichen Blätter, nur mit der entgegengesetzten Spitze. Charakteristisch ist die Haltung des „Berliner Tageblatts". Es knüpft wiederum an die Affaire Piłsudski an, wobei es sich nicht schenken kann, Piłsudski nachzusagen, dass er im Begriffe war, auf Grund eines gefälschten Passes sich nach Russland zu begeben; die „Deutsche Warschauer Zeitung" vom 3. August hat aber festgestellt, dass „der Verdacht der Benutzung eines falschen Passes haltlos ist". Diese Angelegenheit ist indessen nur einer der Momente, die zur Krisis geführt haben; eine Hauptursache soll in der Ungeduld der polnischen Parteien und der tiefere Grund in der russischen Umwälzung liegen. Angesichts dessen weiss sich die Redaktion des „Berliner Tageblattes" im gegenwärtigen historischen Augenblick nur mit der philosophischen Bemerkung zu helfen, dass in Polen die Sympathien der Bevölkerung seit Jahrhunderten bald nach Osten, bald nach Westen sich neigen und dass der slavische Volkscharakter überhaupt nu langsam und widerstrebend sich zu einer festen und geschlossenen Taktik organisieren lässt. Aber welchen Eiufluss darauf die Politik des westlichen Nachbarn, in der Vergangenheit und in der Gegenwart, hatte, und was für praktische Politik der Polenfrage gegenüber am Platze wäre, — das finden wir bis zum heutigen Tage im „Berliner Tageblatt" nicht.

Auch der „Vorwärts" hat bis jetzt keine Gelegenheit gehabt, sich gründlich auszusprechen. Dagegen finden wir über die polnische Krisis einen prinzipiellen Aufsatz in der „Frankfurter Zeitung". Die Redaktion empfiehlt dringend die Einberufung eines polnischen Lnndtags und führt aus: „Die von den beiden Kaisern vorgezeichnete Lösung der polnischen Frage ziele auf die Schaffung eines festen Schutzwalls für Mitteleuropa gegen Osten. Das Manifest von Warschau und Lublin liess darüber keinen Zweifel offen. Eine ganz ideale Lösung dieser Aufgabe lässt sich wohl nicht finden, doch scheint uns die Schöpfung des polnischen Staates, wie sie am 5. November 1916 verkündet wurde, noch immer die einzige Form zu sein, die den Interessen der beiden Mittelmächte gleichmässig gerecht wird und die sich dabei realpolitisch überhaupt verwirklichen lässt. Denn darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben: eine Kombination, die sich gegen den ausgesprochenen Willen des polnischen Volkes richten würde, wäre keine Vermehrung der Macht dessen, der sie erzwingen wollte; sie würde nur eine höchst gefährliche neue Verwicklung schaffen. Es hat in Deutschland Stimmen gegeben, die nach den ersten Enttäuschungen über die Misserfolge der Polenpolitik in lautem Unmut forderten, man solle die „Befreiungsexperimente" aufstecken und das Okkupationsgebiet einfach an Russland zurückgeben. Eine solche Doktor Eisenbart-Kur würde aber heute vermutlich nicht einmal mehr die fragwürdigen Vorteile haben, die auch ihre Befürworter

daraus erhofften. Das neue Russland könnte mit Polen nicht fertig werden. Weite Kreise gerade der grossrussisch-nationalen Parteien empfinden die Lostrennung Polens von ihrem Reich als einen Gewinn, weil damit die drohende Mehrheit der „Fremdvölker" abgewendet wird. Wenn aber die Polen aus den Händen unserer jetzigen Feinde ihre Freiheit und Unabhängigkeit erhalten sollten, würde an der Ostgrenze des deutschen Reichs ein Gegner erstehen, dessen Einfluss tief in's Gefüge der uns verbündeten Habsburger Monarchie hineinreicht. Diese Erwägungen, die schon vor einem Jahr angestellt werden mussten, als man die Richtung der polnischen Politik der Mittelmächte festlegte, haben seit dem Ausbruch der russischen Revolution noch eine viel dringlichere Bedeutung erhalten. Ein freies Russland würde für die Polen, wenn sie sich politisch unfrei fühlen sollten, zum Mekka jeder Hoffnung und Sehnsucht, und die Folge wäre die Entstehung einer Irredenta ungeheuerlichen Ausmasses im Osten Europas, die den künftigen Frieden des ganzen Erdteils aufs schwerste bedrohen würde. Eine solche muss verhindert werden — einen aussichtsreicheren Weg dazu als den von der Kaiserproklamation gewiesenen hat aber noch niemand angegeben.

„Der bisherige Verlauf der Entwicklung in Polen hat in Deutschland manche Enttäuschung gebracht. Seltsamerweise kommen gerade diejenigen Presseorgane, die sich sonst etwas darauf zu gute tun. dass sie das Monopol auf eine realpolitische Betrachtung der Dinge besitzen und alle Sentimentalitäten abgestreift haben, bei der Erörterung polnischer Dinge nicht über rein sentimentale Erwägungen hinweg. Sie haben den Polen immer wieder Undankbarkeit vorgeworfen, und kaum etwas hat in Polen so verstimmt wie dieser Vorwurf, den man als ganz unberechtigt empfindet. Selbst wenn man in der realpolitischen Gesinnung nicht so gründlich ausgebildet ist, dass man jede Art von politischer Dankbarkeit für etwas Unmögliches hält, so wird man doch nicht vergessen dürfen, dass die Mittelmächte ihre Politik nicht um der schönen Augen der Polen willen, sondern in ihrem eigenen Interesse betreiben und dass man in Berlin und in Wien das mehrmals laut und deutlich kundgetan hat. Das ist auch die sicherste Bürgschaft für den künftigen Staat, stellt aber die ganze Frage auf einen Boden, wo von Dankbarkeit wirklich kaum mehr die Rede sein kann. Wenn die Durchführung dieser Politik bisher zu Enttäuschungen geführt hat. so müssen dabei Fehler der Taktik vorliegen, die sich aus der Ferne bei den bekannten Schwierigkeiten der Berichterstattung nicht in allen Einzelheiten übersehen lassen. Ein rheinisches Zentrumsblatt, das aus Warschau ziemlich eingehende Berichte erhält, will für alles den unangenehmen, den Polen geradezu unerträglichen Ton des preussischen Beamten verantwortlich machen. Wir wollen diese Tonart, die man auch im Vaterlande manchmal unangenehm genug empfindet, gewiss nicht in Schutz nehmen, wir glauben aber doch, dass die Ursachen tiefer liegen müssen. Eine gewisse Unsicherheit, die sich manchmal infolge der Schwierigkeit des Ausgleichs deutscher und österreich-ungarischer Interessen ergab, hat dabei sicherlich mitgespielt. Auch

scheint uns, dass man von Anfang an ein zu grosses Gewicht auf die Schaffung eines polnischen Heeres gelegt hat, wodurch im feindlichen und neutralen Auslend und vielleicht bei den Polen selber der falsche Eindruck entstehen konnte. als sei die Polenpolitik der Mittelmächte hauptsächlich vom Wunsche bestimmt, Polen an der Seite der eigenen Truppen kämpfen zu sehen. Unter den Polen selbst war zu Beginn des letzten Winters die Bewegung, die auf die Schaffung eines nationalen Heeres abzielte, sehr stark geworden. Dieses Heer konnte aber doch nur als Organ eines schon ausgebauten Staatswesens wirklich lebensfähig werden. Statt mit Aufrufen, die leicht zu missdeuten waren und mit einer Werbetätigkeit, die man zu spät den Polen selber überliess, hätte man vielleicht besser mit der Schaffung einer polnischen Volksvertretung den Anfang gemacht. Die Rechte, die man dem polnischen Volke zuerkennen will, dürften eigentlich nur von einer solchen Vertretung ausgeübt werden, die auch moralisch berechtigt ist, im Namen ihres Volkes Verpflichtungen zu übernehmen. Eine Politik, die sich dauernd auf das Einvernehmen mit einigen Notabeln stützt, ist unbedingt zum Scheitern verurteilt. Vielleicht wäre der Verkehr mit einer polnischen Regierung, die diesen Namen wirklich verdient, für die Organe der Mittelmächte noch unbequemer, als er es bisher mit dem Ausschusse war, den sie selber eingesetzt haben; dafür würde sie aber eine politische Wirklichkeit bedeuten, die in die Rechnungen nicht mehr als unbekannte Grösse eingestellt zu werden brauchte.

„Der werdenden deutschen Demokratie erwächst die grosse und dankbare Aufgabe, sich mehr als bisher um diese Fragen zu bekümmern. Der demokratische Gedanke ist ein wertvoller Ausfuhrartikel, der auch in Kriegszeiten nicht kontingentiert zu werden braucht: warum sollten wir den Feinden eine Monopolstellung auf diesem Gebiete freiwillig einräumen? Die Ausgestaltung der polnischen Dinge wird auch auf die inneren Verhältnisse Deutschlands zurückwirken, schon wegen der nicht unbeträchtlichen polnischen Volksteile, die in Preussen wohnen und hier dauernd ihre Heimat finden sollen. Aber auch die auswärtige Politik des Reiches kann nur eine Festigung erfahren, wenn die Völker draussen wissen, dass hinter den Staatsverträgen und den Kundgebungen der Reichsregierung der feste Wille des deutschen Volkes steht. Wenn die Polenpolitik, die durch den Akt vom 5. November 1916 eine feste Gestalt angenommen hat, zu dem Erfolge führen soll, den wir immer noch von ihr erhoffen, darf es keine Zweideutigkeiten geben und nicht einmal ein Zögern aus übergrosser Vorsicht. Mehr als bisher tut Eile not. Möge man das auch im Reichstag erkennen und durch schöpferische Arbeit den erhöhten Einfluss rechtfertigen, den sich das deutsche Parlament zu schaffen im Begriffe steht."

* * *

Recht trübe wäre das Bild, wenn es nur mit den Farben der Mehrzahl der deutschen Presse gemalt werden würde. Es besteht aber ein anderer Ausdruck der deutschen Volksmeinung.

Ueber die Polenfrage im Bereiche der besetzten Gebiete wurde im Hauptausschuss des Reichstags in den letzten Augusttagen verhandelt. Die Verhandlungen waren vertraulich, es sei aber erlaubt, wortgetreu folgende Auslassung der „Täglichen Rundschau" vom 29. August nachzudrucken: „Wie ahnungslos der Hauptausschuss des Reichstages auch den polnischen Dingen gegenüber steht, beweisen seine letzten Beratungen unter Führung (?) desselben Herrn Mathias Erzberger, der einst mit Millionen buntgedruckter Muttergottesbildchen, auf denen ein Feldgrauer und eine polnische Bäuerin vereint vor der Königin Polens im Gebete gezeigt wurden, das polnische Volk zu gewinnen hoffte. Zu derselben Zeit, da uns ernste Schwierigkeiten (?) in Polen gemacht wurden, die zur Auflösung (?) des Staatsrates führten, wünschte Erzberger mit seiner Mehrheit, dass dieser Staatsrat sofort zur grossen, polnischen Volksvertretung gemacht werden solle, die als ersten Beschluss die Räumung Polens von den Deutschen verlangt hätte. Auch das Verlangen nach einem polnischen Ministerium, das der Hauptausschuss stellte, ist bezeichnend für seine Kenntnis polnischer Verhältnisse. Dagegen kann man der Forderung nach Aufhebung der deutsch-österreichischen Wirtschaftsgrenze nur zustimmen."

NOTIZEN.

Politisches.

Der Kongress in Moskau. In Moskau hat ein polnischer Kongress stattgefunden, an dem gegen 400 Delegierte teilnahmen; als Organisatoren fungierten Politiker vom polnischen Nationalkomitee, das noch zur Zeit der Russenherschaft in Warschau gebildet wurde und ausschliesslich aus Vertretern der polnischen Rechten besteht. Obwohl das Organisationskomitee an sämtliche polnischen Parteien und Vereinigungen aller politischen Richtungen Einladungen hatte ergehen lassen, waren die demokratischen Parteien im Kongress nicht vertreten. Die Demokratische Vereinigung, an deren Spitze der Präsident der offiziellen Kommission zur Liquidation der russisch-polnischen Angelegenheiten, Lednicki, steht, blieb dem Kongress fern, es weigerten sich am Kongress teilzunehmen auch: die Volksgewerkschaft der Arbeiter, das Zentralkomitee der demokratisch-polnischen Vereinigung der Ukraine, der demokratische Klub der Revolutionären Fraktion der PPS, die Gruppe der unabhängigen Polen u. a. Dagegen waren die rechtsstehenden Parteien durch die früheren polnischen Duma- und Reichsratsmitglieder (u. a. Graf Wielopolski, Harusewicz, Goscicki usw.) sowie die im im Reiche zerstreuten polnischen Vereine repräsentiert. Als Vertreter der Entente erschienen mehrere Militär-Attachés; einer von ihnen,

der italienische, hat sogar eine polnische Rede gehalten. In den gefassten Resolutionen erklärt der Kongress u. a., dass die polnische Nation als Ergebnis dieses Krieges die Vereinigung sämtlicher polnischer Territorien in einem unabhängigen polnischen Staate mit Zugang zum Meere an der Weichselmündung erwarte. Der Kongress erklärt ferner, dass die Polen am Siege der Alliierten ein direktes Interesse hätten und dass ein vorzeitiger Frieden den polnischen Interessen zuwiderlaufe. Er protestiert gegen die Interpretation des Prinzips eines annexionslosen Friedens, wonach die deutsche Herrschaft über die ihre Freiheit fordernden Völker aufrechterhalten würde. Der Kongress lehnt die durch die Zentralmächte am 5. November getroffene Lösung der polnischen Frage nachdrücklich ab und betont, dass der Warschauer Staatsrat, der aus diesem Akt hervorgegangen ist, angesichts seiner Abhängigkeit von den Okkupationsmächten, nicht als leitende Autorität der Nation gelten könne. Auf Antrag Prof. Winiarskis wurde eine Resolution gefasst, worin verlangt wird, dass Vertreter der polnischen Nation am Friedenskongress teilnehmen sollen. Der Kongress beschloss am Schluss seiner Debatten, an den Ministerpräsidenten Kerenski sowie an die Regierungen Frankreichs, Englands, Italiens, Japans, Serbiens und Rumäniens Telegramme abzusenden. Der wichtigste Beschluss betrifft die Schaffung einer polnischen Armee in Russland, die aus 350000 (?) Soldaten bestehen soll Da Kerenski Gegner der Zersplitterung der russischen Armee ist, nahm der Kongress eine Resolution an, in der er Zweifel an die Aufrichtigkeit der von der provisorischen Regierung proklamierten Unabhängigkeit Polens ausdrückt, solange diese Regierung die Bildung der nationalen Armee verhindert.

Die uns vorliegende Nr 2014 des in Petersburg erscheinenden „Dziennik Petrogradzki“ (Organ des Generals Babiański und A. Lednicki) stellt fest, dass der Kongress eigentlich nur e i n e Partei repräsentiert, der auch die überwiegende Mehrheit des aus 75 Mitgliedern bestehenden Vollzugsausschusses angehört.

Polen und Bulgarien. In Sofia erscheint einmal wöchentlich im Format eines halben Druckbogens das „Polnische Bulletin“, einseitig bedruckt als Manuskript in bulgarischer Sprache. Bisher sind 5 Ausgaben erschienen. Jede Nummer umfasst textlich, soweit dies möglich erscheint, das Gesamtgebiet der polnischen Länder und die Emigration; an der Spitze steht gewöhnlich eine kurze Wochenschau der jüngsten Vorgänge und eine besondere Rubrik ist den speziellen polnisch-bulgarischen Beziehungen gewidmet. Die Schrift findet überall die denkbar günstigste Aufnahme. Alle bulgarischen Zeitungen brachten äusserst sympatische Berichte darüber. Sowohl aus der Residenz wie auch aus den Provinzstädten kommen fortgesetzt Bitten um Zusendung des Bulletin, so dass schon bei der vierten Nummer die Auflage verdoppelt werden musste. Besonders interessant ist die private Korrespondenz aus allen Winkeln des

Landes, die hier garnicht mitgeteilt werden kann und in den herzlichsten Worten die Entstehung eines polnischen Organs auf bulgarischer Erde begrüsst.

Die polnischen Journalisten dar Unabhängigkeitsorgane in den Vereinigten Staaten für den Staatsrat. Die polnischen Journalisten der Unabhängigkeitsorgane in den Vereinigten Staaten haben auf ihrer Konferenz in Chicago, am 24. März 1917, nach Anhörung des aus Polen zurückgekehrten Delegierten des Komitees der Nationalen Verteidigung, Aleksander Dębski, der über den Verlauf und die gegenwärtige Lage der polnischen Politik in der Heimat berichtete, beschlossen, weiter treu bei den vom Komitee der Nationalen Verteidigung gewiesenen Richtungslinien zu verbleiben und den Staatsrat in Warschau als Vertreter der entstehenden einheimischen Behörden in Polen anzuerkennen.

Wirtschaftliches.

Die Juden im polnischen Gerichtswesen. Rechtsanwalt Ettinger, dem der Posten des Staatsanwaltes beim Höchsten Kassationsgericht angeboten wurde, hat denselben nicht angenommen. Dagegen hat der Rechtsanwalt Rundstein einen solchen Posten angenommen. An dem Kassationsgericht werden im ganzen 6 jüdische Staatsanwälte tätig sein.

Der Warschauer Stadtverordnete Berensohn soll zum Direktor sämtlicher polnischer Gefängnisse ernannt werden. Zum Mitglied des Kreisgerichtes in Warschau ist der Rechtsanwalt Kramsztyk bestimmt worden. Zur Prüfung für Gerichtssekeretäre sind über 20 Juden zugelassen worden. Der bisherige Dollmetscher des deutschen Gerichts soll auf seinem Posten verbleiben.

Die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen nnd Russland. Die in Moskau erscheinende polnische Zeitung „Gazeta Polska" vom 31. vorig. Monats teilt mit, dass im Ministerrat der Provisorischen Regierung ein Projekt des Ministers Tereszczenko über die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Polen erörtert worden ist.

Die weitere Bearbeitung dieser Angelegenheit wurde dem wirtschaftlichen Beirat der Provisorischen Regierung übertragen.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski. Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr 42.